

## Eine neue Koalition

Warum Schwarz-Grün das wahrscheinlichere Regierungsbündnis ist

*Eckhard Jesse*



Eckhard Jesse lehrt Politikwissenschaft an der TU Chemnitz

Auf dem Parteitag der Grünen Ende April 2013 in Berlin herrschte Konsens. Die Partei plädierte für einen Schulterschluss mit der SPD. Wie Claudia Roth zuvor auf dem SPD-Parteitag Mitte April in Augsburg für Rot-Grün geworben hatte, so machte sich Sigmar Gabriel nun auf dem der Grünen für ein solches Bündnis stark. Zugleich hieß es, die schwarz-gelbe Koalition sei abzulösen. Das Eine deckt sich jedoch nicht zwangsläufig mit dem Anderen. Die geforderte Ablösung von Schwarz-Gelb muss nicht auf Rot-Grün hinauslaufen. Schließlich könnte die nicht als koalitionsfähig geltende Linke eine Mandatsmehrheit für die eine wie für die andere Koalition verhindern. Auf dem Parteitag, der zwar im Bereich der Steuerpolitik für einen Schwenk der Grünen nach links sorgte (will die Partei allen Ernstes das Wählermilieu der SPD „aufmischen“?), wurde ein schwarz-grünes Bündnis aber nicht eigens ausgeschlossen.

Wie ein Blick auf die letzten Umfragen (Ende April/Anfang Mai) zeigt (siehe Tabelle 1), hat bei den demoskopischen Instituten weder Schwarz-Gelb (mit einer Ausnahme) noch gar Rot-Grün eine Mehrheit – schon seit längerem. Dieses Bündnis liegt gegenüber Schwarz-Gelb klar zurück – selbst für den (eher unwahrscheinlichen) Fall, dass die Liberalen an der Fünfprozenthürde scheitern sollten. Unabhängig davon, ob SPD und Grüne über mehr Stimmen verfügen als CDU und CSU: Die Linke dürfte in den Bundestag einziehen, schon deshalb, weil sie einige Direktmandate gewinnt (im Berliner Osten etwa durch Gregor Gysi, Gesine Löttsch und Petra Pau). Eine Partei mit mindestens drei Direktmandaten gelangt selbst beim Nichterreichen der Fünfprozenthürde in den Bundestag. Insofern ist das Unterfangen von Rot-Grün, auf eine Mandatsmehrheit zu spekulieren, einigermaßen unrealistisch.

Anders sieht dies für das lagerübergreifende Zweierbündnis Schwarz-Grün aus. Nach allen Umfragen gibt es dafür – schon seit Jahren – eine stabile Mehrheit nicht nur der Mandate, sondern auch der Stimmen. Der Grund: Legt der große Partner bei Schwarz-Gelb gegenüber dem kleinen Partner zu, so ist es bei Rot-Grün gerade umgekehrt. Solche guten Ergebnisse für die beiden Parteien wirken sich bei Umfragen zu möglichen Koalitionspartnern aus. Da-

nach plädiert die Mehrheit der Grünen-Anhänger dafür, sich nicht ausschließlich auf ein Bündnis mit der SPD festzulegen, und auch die Mehrheit der Wähler der Union kann sich eine Koalition mit den Grünen vorstellen.

Wer fünf Monate vor der Bundestagswahl am 22. September eine Prognose für die Regierungsbildung wagt, betritt dünnes Eis, wiewohl „Dreier-Koalitionen“ (wegen politischer Unvereinbarkeiten) und Minderheitsbündnisse (wegen historisch bedingter Vorbehalte) ausscheiden. Zum ersten ist die Volatilität beträchtlich. Stimmungen schlagen schnell in Stimmen um. Wer weiß schon, ob und wie der „Fall Hoeneß“, der ein „Fall von Hoeneß“ ist, den Wahlausgang beeinflusst? Kann der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück wenigstens die eigenen Reihen schließen und Pannen vergessen machen? Und wie würde sich eine neue Euro-Krise auswirken? Zum zweiten ist nicht abzu sehen, welche Parteien in den Bundestag überhaupt einziehen. Noch vor einem Jahr lagen die „Piraten“ in den Umfragen bei fast zehn Prozent nach ihrem kometenhaften Aufstieg bei der Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl 2011 (8,9 Prozent) und bei den Landtagswahlen 2012 (Saarland: 7,4 Prozent; Schleswig-Holstein: 8,2 Prozent; Nordrhein-Westfalen: 7,8 Prozent). Im Januar 2013 bei der Niedersachsen-Wahl vermochte die Partei hingegen nur 2,1 Prozent zu erreichen. Nunmehr ist sie von der im April 2013 ins Leben gerufenen Partei „Alternative für Deutschland“, die gegen den Euro votiert, eingeholt wenn nicht überholt worden. Sie kam bei ersten Umfragen nahe an fünf Prozent heran – ohne prominenten Spitzenpolitiker. Es ist gegenwärtig schwer auszu machen, wem die „Alternative für Deutschland“ am meisten schadet: dem rot-grünen oder dem schwarz-gelben Lager? Einerseits ist sie eher konservativ ausgerichtet und hat überproportional viele ehemalige Mitglieder aus den Reihen der Union und der FDP. Andererseits sind die Vorbehalte gegenüber dem Euro am stärksten bei den eher schwächeren sozialen Schichten, die überproportional stark für SPD und Linke votieren. Der erste Befund schwächt Schwarz-Gelb, der zweite stärkt dieses Lager.

Bei einer Mandatsmehrheit für Schwarz-Gelb oder Rot-Grün kommt eine solche lagerinterne Koalition zustande. Aber danach sieht es, wie erwähnt, nicht aus. Für eine schwarz-gelbe Koalition wäre ein relativ großer „Piraten“-Stimmenanteil (freilich unter fünf Prozent) von Vorteil, da deren Elektorat überproportional stark aus den Reihen der Rot-Grünen stammt (und aus dem Nichtwählerreservoir). Für ein rot-grünes Bündnis (der Abstand zwischen „Schwarz“ und „Rot“ scheint deutlich größer zu sein als der zwischen „Grün“ und „Gelb“) erwiese sich folgende Konstellation als günstig: Scheitern der FDP, der „Alternative für Deutschland“ und der Piratenpartei an der Fünfprozenthürde und ein schwaches Ergebnis der Partei Gregor Gysis. So könnten SPD und Grüne mehr Mandate als Union und die Linke erhalten – dies die Hoffnung des rot-grünen Lagers.

Die Union und die Grünen stimmen in einem zentralen Punkt überein. Die Union erklärt, die FDP stehe ihr bei weitem näher als die Partei der Grünen. Ungeachtet vieler Konflikte zwischen den „bürgerlichen“ Kräften wurde in der Tat niemals die „Machtfrage“ gestellt – es gab schwerlich eine andere erfolgversprechende Machtoption für Koalitionsparteien. Die Grünen wiederum streichen ihre deutlich größere Affinität zur SPD als zur Union oder gar zur

FDP heraus. Sie hatten 2009 eine „Jamaika-Koalition“ rigoros abgelehnt, aber kein schwarz-grünes Bündnis. Die Konsequenz: Die Union wird für die Bundestagswahl 2013 keine Koalition mit Bündnis 90/Grünen ausschließen, diese keine Koalition mit der Union.

Vor der Bundestagswahl 2013 ist – in der Regel anders als früher – die Frage nach der jeweiligen Koalition<sup>1</sup> von größerem Interesse als die nach dem Wahlsieger und damit die nach der „Kanzlerpartei“, weil Überraschungen in dieser Hinsicht nicht zu gewärtigen sind. Gemäß der einschlägigen Forschung ist die Koalitionsbildung gemeinhin von vier Faktoren abhängig – *office-seeking*, *policy-seeking*, *vote-seeking*, *identity-seeking*.

Der erste Punkt spräche für Schwarz-Grün, denn auf diese Weise könnte die Union mehr Minister stellen als bei einer Koalition mit der SPD. Es gibt neben gravierenden Differenzen (etwa in der Steuer- und der Familienpolitik) inhaltliche Schnittmengen zwischen der Union und den Grünen – z.B. im Bereich der Arbeitsmarktpolitik („weniger Staat“) oder in der Außenpolitik ebenso zwischen der Union und der SPD (z.B. in der Sicherheits- oder der Europapolitik). Hingegen signalisieren *vote-seeking* und *identity-seeking* eher Schwarz-Rot als Schwarz-Grün. Schließlich würde ein vor den Wahlen als möglich erachtetes Bündnis zwischen der Union und den Grünen beiden Parteien schaden (hingegen der SPD wie der FDP nützen). Eine beträchtliche Zahl an SPD- und Grünen-Wählern wäre über eine derartige Offenheit irritiert. Was *identity-seeking* betrifft, sind die habituellen Unterschiede zwischen der Union und den Grünen nach wie vor groß, trotz schwindender Vorurteile auf beiden Seiten. Die Parteien haben sich teilweise angenähert. So wendet sich die Union nicht mehr gegen das Bild der Bundesrepublik als „Einwandererland“, und eine unkritische Huldigung von „Multikulti“ ist bei den Grünen längst obsolet geworden. Pragmatismus dominiert hier wie da in der Praxis. Die leidige Kernenergiefrage trennt die beiden Parteien nicht mehr grundsätzlich. Insofern stellt eine Diskussion über Schwarz-Grün keine Gespensterdebatte dar wie ein Jahrzehnt zuvor.

Nun ist abstrakte Koalitionstheorie das eine, die konkrete Koalitionspraxis das andere. Für die Parteien sind weitere Faktoren bestimmend: So spielt die „Chemie“ zwischen den Spitzen eine Rolle, die Konstellation im Bundesrat, das arithmetische Szenario im Bund, die Risikoabwägung beim Eintritt in eine Koalition als Juniorpartner. Die Kanzlerin Angela Merkel, unprätentiös auftretend, pflegt mit den Spitzen der politischen Konkurrenz gleichermaßen guten Kontakt. Der Befund, Schwarz-Grün verfüge im Bundesrat über keine einzige Stimme, stimmt zwar, ist aber für die Koalitionsfrage irrelevant. Alle realistischen Varianten verfügen im Bundesrat bei zustimmungspflichtigen Gesetzen über keine Mehrheit, da Stimmenthaltung eines Landes, dessen Regierung nicht die „Farbe“ des Bundeskabinetts aufweist, wie ein „Nein“ zählt. Bei Einspruchsgesetzen ist dies umgekehrt. Insofern bliebe eine Blockierung der Regierungsarbeit dem Land erspart. Schwarz-Grün hätte bei solchen Gesetzen nur die Stimmen von Brandenburg und Hamburg gegen sich. Das arithmetische Szenario spricht klarer für ein kleines schwarz-grünes Bündnis als für ein großes schwarz-rotes. Diese Koalition, wie zwischen 2005 und 2009, ist ohne sonderlichen Reiz, eine schwarz-grüne dagegen beflügelt manche Gemüter –

und besänftigt die Lager zugleich. Linke Grüne würden sich an der CSU „reiben“ – und umgekehrt. Für die SPD und die Grünen wohnt der Beteiligung als Juniorpartner jeweils ein Risiko inne. Sollte die SPD als Juniorpartner ein Bündnis mit der Union anstreben, könnte sie später weiter massiv an Stimmen verlieren – an die Grünen und an die Linke. Hingegen besteht bei einem Gang in die Opposition die folgende Gefahr: Sie gibt die politische Verantwortung aus der Hand und macht den Weg für ein schwarz-grünes Bündnis vielleicht auf längere Zeit im Bund frei (mit entsprechenden „Nachzieheffekten“ in den Ländern). Für die Grünen hingegen ist ihre Regierungsbeteiligung angesichts weithin fehlender Erfahrungen mit der Union in den Ländern auf Bundesebene unkalkulierbar – sie könnten bei nachfolgenden Wahlen „abgestraft“ werden. Sollten sie sich gegen eine Regierungsverantwortung sperren, ließen sie erkennen: Ein gutes Wahlergebnis – das beste ihrer Geschichte – bringt die Partei nicht an die Regierung. Wenngleich die Chancen für Schwarz-Grün nach dem Parteitag der Grünen etwas gemindert sind.

Ein solches neuartiges Bündnis ist im Vergleich zu einer schwarz-roten Koalition vor allem aus drei strategischen Gründen die wahrscheinlichere Variante, immer vorausgesetzt, eine Mandatsmehrheit bliebe sowohl für Schwarz-Gelb als auch für Rot-Grün aus. Die folgenden Argumente beziehen sich jeweils auf *eine* Partei.

Erstens: Für die SPD wirkt das Trauma der letzten Großen Koalition mit dem für sie niederschmetternden Ergebnis von 2009 (23,0 Prozent) massiv nach. Sie weiß, die Wählerschaft schreibt der Kanzlerin – und damit der „Kanzlerpartei“ – vermutlich eine konstruktive Zusammenarbeit gut. Nach dem Ende der Legislaturperiode stünde sie, vermutlich erneut unter Außenminister Frank-Walter Steinmeier, wohl wieder ohne realistische Machtoption da. In einer Großen Koalition ist weder eine Annäherung an die FDP noch an die Linke realistisch.

Zweitens: Die Union ist wegen der anhaltenden Schwäche der FDP auf der Suche nach einem zweiten Koalitionspartner. Sie würde die Verbindungen zu den Liberalen nicht „kappen“, aber das Unterfangen, die Grünen aus dem „linken Lager“ zu lösen, schwächte die SPD stark – wegen des (vorübergehenden) Fehlens ihres „natürlichen“ Koalitionspartners. Die Union „könnte“ so mit „jedem“ Partner und wäre daher wohl zu erheblichen Zugeständnissen bereit. Vielleicht möchte sie nach der FDP und der SPD nun Bündnis 90/Grüne „entzaubern“.

Drittens: Die Grünen wollen 15 Jahre nach ihrer letzten Regierungsbeteiligung auf der Bundesebene wieder an die Macht. Was nützt ihr das gute Abschneiden bei Bundestagswahlen als dritte Kraft, wenn sich das nicht in der Regierungsbeteiligung niederschlägt? Diese Überlegungen dürften in der Partei, als Oppositionskraft zwischen der Linken und den Liberalen in keiner beneidenswerten Position der Mitte angesiedelt, eine große Rolle spielen. Dass sie ein mögliches Bündnis mit der Union herunterspielt, liegt wegen der sie schwächenden „Koalitionsdiskussion“ in der Natur der Sache.

Funktionierte Schwarz-Grün, könnte dies Auswirkungen auf das Verhältnis der SPD zur Linken haben – Vorbehalte gegenüber den Postkommunisten ließen sich stärker abbauen –, möglicherweise ebenso auf das Verhältnis der FDP

zur SPD. Es ist für die SPD nicht angängig, das Verhältnis zur Linken *und* zur FDP zu „normalisieren“. Eine Art „Koalition“ in der Opposition mit den beiden Parteien verbietet sich.

Scheiterte Schwarz-Grün, wäre die SPD der Profiteur. Entweder wird sie Juniorpartner der Union in einer weit besseren Position als direkt nach der Wahl, oder es entsteht eine lagerübergreifende „Dreier“-Koalition aus der SPD, den Grünen und den Liberalen. Dieser fiele aus der Opposition der Sprung „über den Graben“ leichter als der direkte Wechsel zu einer Partei aus einem anderen politischen Lager. Selbst ein von der Linken toleriertes rot-grünes Bündnis ist unter diesen Umständen im Rahmen des Möglichen.

Da die Union ungeachtet der enttäuschenden Ergebnisse in den Bundesländern klar die stärkste Kraft sein wird (und die SPD mit den Grünen wohl nicht über eine eigene Mehrheit verfügt), fällt ihr die Aufgabe zu, den Juniorpartner „auszusuchen“, kommt doch ein rot-rot-grünes Linksbündnis (auch nicht in Form einer von der Linken tolerierten rot-grünen Koalition, obwohl mit dem Rückzug Oskar Lafontaines aus der Bundespolitik ein wichtiges Hindernis beseitigt ist) politisch ebenso wenig in Frage wie eine Ampel-Koalition, die die FDP – wie 2005 und 2009 – vehement ablehnt. Insofern ist sie in einer komfortablen Position, wobei sie diese nicht bis auf das letzte „ausreizen“ sollte, um nicht Neuwahlen zu provozieren. Mit einiger Sicherheit dürfte die alte Regierungschefin die neue sein – ob in einer schwarz-gelben, in einer schwarz-roten oder in einer schwarz-grünen Konstellation.

Die prospektive Ebene ist strikt von der präskriptiven Ebene zu trennen. Das erwartete Ergebnis muss nicht das gewünschte sein.<sup>2</sup> Lagerinterne Koalitionen sind in einem stark durch konkordanzdemokratische Elemente gekennzeichneten System die bessere Alternative. Aber das Wahlergebnis begünstigt eine solche Konstellation nicht. Und: Eine Große Koalition ist in einer parlamentarischen Demokratie zwar wahrlich kein anzustrebender Musterfall, doch dürfte sie über eine größere Stabilität verfügen als eine schwarz-grüne. Ein derartiges Bündnis, das es erst einmal in einem Stadtstaat – in Hamburg von 2008-2010 – gegeben hat und vorzeitig beendet wurde, stellt für den Bund ein beträchtliches Risiko dar.

Trotzdem spricht mehr für die Bildung eines solchen Zweckbündnisses als dagegen – nach dem Motto: „nur nicht darüber reden, ‚es‘ aber tun“. Um kein Missverständnis zu provozieren: Selbstverständlich gibt es hinter den Kulissen keine abgekarteten Absprachen. Die linke „Basis“ der Grünen kann nach der Wahl ein solches Bündnis stoppen, ihr Elektorat dürfte daran ebenso weniger Anstoß nehmen wie die Führungsspitze um Renate Künast, Claudia Roth und Jürgen Trittin, die ihre politische Karriere mit einem (abermaligen) Ministeramt krönen möchten.

In der Vergangenheit regierte auf Bundesebene nach Wahlen eine große und eine kleine Partei – bis auf 1949 und 2005.<sup>3</sup> Seinerzeit fielen die Konsequenzen unterschiedlich aus. 1949 bildete die Union eine Koalition mit zwei „bürgerlichen“ Parteien (der FDP und der DP), 2005 kam keine „Dreierkoalition“ zustande, da weder die Grünen mit der Union und der FDP noch die Liberalen mit der SPD und den Grünen kooperieren wollten, sondern eine Große Koalition. 2013 könnte wegen der arithmetischen Mehrheit der Union und der

Grünen weder das eine (1949) noch das andere (2005) Szenario eintreten. Dieses von Angela Merkel Anfang 2001 als „Hirngespinnst“ bezeichnete Zweierbündnis wäre eine Koalition aus einer großen und einer kleinen Partei, die, anders als früher, unterschiedlichen Lagern angehörten. Allerdings sind die Grenzen zwischen ihnen durchlässiger geworden.

*Tabelle 1:* „Sonntagsfrage“ Bundestagswahl (in Prozent)

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

| Institut      | Allensbach     | Emnid          | Forsa          | For-<br>schungsgr.<br>Wahlen | GMS            | Infratest<br>dimap | Bundes-<br>tagswahl |
|---------------|----------------|----------------|----------------|------------------------------|----------------|--------------------|---------------------|
| Veröffentl.   | 17.04.<br>2013 | 28.04.<br>2013 | 01.05.<br>2013 | 26.04.<br>2013               | 16.04.<br>2013 | 02.05.<br>2013     | 27.09.<br>2009      |
| CDU/CSU       | 38,5           | 40,0           | 39,0           | 40,0                         | 42,0           | 40,0               | 33,8                |
| SPD           | 28,0           | 27,0           | 23,0           | 28,0                         | 24,0           | 26,0               | 23,0                |
| GRÜNE         | 15,0           | 14,0           | 14,0           | 14,0                         | 13,0           | 15,0               | 10,7                |
| FDP           | 5,0            | 4,0            | 5,0            | 4,0                          | 6,0            | 4,0                | 14,6                |
| Die Linke     | 7,0            | 7,0            | 8,0            | 6,0                          | 8,0            | 7,0                | 11,9                |
| Piratenpartei | 3,0            | 3,0            | 3,0            | –                            | 2,0            | –                  | 2,0                 |
| AfD           | –              | 2,0            | 3,0            | 3,0                          | –              | 3,0                | –                   |
| Sonstige      | 3,5            | 3,0            | 5,0            | 5,0                          | 5,0            | 5,0                | 4,0                 |

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (2. Mai 2013).

## Anmerkungen

- 1 Vgl. jetzt Frank Decker/Eckhard Jesse (Hrsg.), Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich, Baden-Baden 2013.
- 2 Viele Autoren in dem folgenden Band plädieren direkt oder indirekt für eine schwarz-grüne Koalition: Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.), Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011.
- 3 Außeracht gelassen wird, dass die Union, die 1953 eine knappe und 1957 eine klare Mehrheit der Mandate hatte, jeweils Koalitionen einging (1953 mit drei Parteien, 1957 mit der Deutschen Partei).